

13.09.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

zum
Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1439

Landesregierung ebnet den Weg ins Fahrverbot

Berichterstatter: Abgeordnete Dr. Patricia Peill (CDU)

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/1439 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 13.09.2018/Ausgegeben: 14.09.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

A Allgemeines

Der Antrag der SPD-Fraktion - Drucksache 17/1439 - wurde vom Plenum in seiner Sitzung am 20. Dezember 2017 an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz federführend sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Verkehrsausschuss und an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung überwiesen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion werden Fahrverbote für Dieselfahrzeuge immer wahrscheinlicher. Die Bezirksregierung Düsseldorf plane für die Landeshauptstadt laut Rheinischer Post konkrete Schritte, wie ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge umgesetzt werden könne. Auf einer CDU-Veranstaltung hätte die Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher deutlich gemacht, dass Verbote unumgänglich seien.

Selbst mit einem Dieselfahrverbot sei es schwierig, die Stickoxid-Grenzwerte in Düsseldorf einzuhalten. Diese Grenzwerte würden vor allem an vielbefahrenen Straßen überschritten. Was für Düsseldorf gelte, würde gemäß der CDU-Politikerin auch für weitere Städte in NRW gelten. Nach Einschätzung der Regierungspräsidentin würden sich zwei Szenarien ergeben: Einigt sich der Bund noch kurzfristig auf eine blaue Umweltplakette, könnten aktuelle Euro-6-Diesel-Motoren vom Verbot verschont bleiben. Ohne Einigung käme es zu einem generellen Diesel-Fahrverbot in den stark belasteten Gebieten.

Mit dem zweiten Dieselpipfel im Bundeskanzleramt habe sich erneut keine Lösung für die Probleme der Städte und Gemeinden in NRW ergeben. Angesichts neu anstehender Dieselpipfel, drohenden Fahrverbotes und konstant hohen Stickoxidwerten sei nun auch endlich die Landesregierung gefordert. Fakt sei aber: Die Landesregierung sei sprachlos, untätig und orientierungslos. Die für diese wichtige Frage zuständigen Minister für Verkehr und für Umwelt würden schweigen und sich darauf verlassen, dass dieses Problem von den NRW-Kommunen gelöst werde. Ein über die Ressorts abgestimmtes Konzept sei nicht zu erkennen. Die großspurigen Stauverhinderer würden somit konzeptionslos ins Fahrverbot fahren. Stillschweigend hofften die CDU-Minister Schulze Föcking und Wüst, den Schwarzen Peter an die Kommunen weiterzureichen und sich aus der Verantwortung schleichen zu können. Dieses Verhalten sei aber fahrlässig, denn ein Großteil der Kommunen in NRW, die von einer hohen Schadstoffbelastung betroffen seien, hätten auch erhebliche finanzielle Probleme. Eine gemeinsame Strategie zwischen Land und Kommunen sei hier zwingend notwendig. Wenn das von der Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher in Aussicht gestellte Fahrverbot kommen sollte, müsse die Landesregierung umgehend Antworten auf mehrere Fragen finden:

- Wie will die Landesregierung den Berufspendlern helfen, trotz Fahrverbotes zu ihren Arbeitsplätzen zu kommen?
- Wie will die Landesregierung Handwerkern helfen, weiterhin in die Innenstädte zu kommen?
- Welche finanzielle Hilfe leistet die Landesregierung den Kommunen bei der Umsetzung der Dieselpipfelbeschlüsse – insbesondere für die Kommunen in NRW, die von einer hohen Schadstoffbelastung betroffen sind, und zugleich erhebliche finanzielle Probleme haben?
- Welche mittel- und langfristigen Schritte plant die Landesregierung, damit die Luftqualität in den Städten verbessert wird?
- Ein Großteil der Kommunen in NRW, die von einer hohen Schadstoffbelastung betroffen sind, haben auch erhebliche finanzielle Probleme. Inwiefern plant die LR hier eine (finanzielle) Unterstützung?
- Welches Konzept hat die Landesregierung für den ÖPNV?

- Welches Konzept hat die Landesregierung, um die Automobilindustrie in die Verantwortung zu nehmen
- Welchen Beitrag leistet die Landesregierung bei der von der Bundesregierung angekündigten Lotsenfunktion für die Kommunen? Wie erfolgt hier eine landeseinheitliche Unterstützung, Koordinierung und Beratung durch die Landesregierung?
- Welche mittel- und langfristigen Schritte plant die Landesregierung zur Stickstoffreduktion?
- Wie wird sich die Landesregierung bei einer möglichen Einführung einer Blauen Plakette entscheiden?

Ende Februar 2018 würde eine neue Etappe in der Diskussion um ein Dieselfahrverbot drohen. Denn dann werde das Bundesverwaltungsgericht grundsätzlich darüber entscheiden, ob Dieselfahrverbote zur Senkung der Stickoxide von den Kommunen als rechtmäßiges Mittel herangezogen werden könnten.

Unabhängig davon seien die Kommunen mit hohen Stickoxidwerten auf jeden Fall dazu verpflichtet, ihre Luftreinhaltepläne fortzuschreiben. Dies könne nur mit der aktiven und konzeptionellen Hilfe der Landesregierung geschehen. Dabei müsse diese Landesregierung den Dialog mit allen Gesellschaftsgruppen und Verbänden dringend initiieren und intensivieren.

Das setze aber eine Strategie und ein Konzept der Landesregierung voraus. Diese sei aber bislang noch nicht zu erkennen. Die Minister Schulze Föcking und Wüst müssten den Kommunen mit einer landesweiten Initiative helfen, die Fortschreibung der Luftreinhaltepläne wirkungsvoll zu gestalten. Dabei seien alle möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität zu prüfen, um die Luftqualität weiter zu verbessern. Dazu zählten die Stärkung des ÖPNV, die Förderung der E-Mobilität, der verstärkte Ausbau des Radwegenetzes, die Digitalisierung des Verkehrs sowie die Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte.

Auch in der Luftreinhaltepolitik müsse das Verursacherprinzip gelten. Die NO₂-Problematik werde in vielen Städten durch den individuellen PKW-Verkehr hervorgerufen. Auch deshalb, weil die PKWs die vorgegebenen Werte durch Schummeltricks der Hersteller nicht einhalten würden. Deshalb komme den Automobilherstellern eine besondere Verantwortung zu. Beim anstehenden dritten Diesel-Gipfel müssten diese in die Pflicht genommen werden, dass sie neben Software- auch Hardwarelösungen anbieten. Die Landesregierung müsse hier endlich den Druck auf die Automobilindustrie erhöhen.

Der Landtag möge daher beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- gemeinsam mit der Bundesregierung die Automobilindustrie bei der Hardware zu kundenfreundlichen und kostenfreien Nachrüstungen zu verpflichten;
- zur Abwendung von Diesel-Fahrverboten in den besonders betroffenen Kommunen kurzfristig wirkende Maßnahmen zur Luftreinhaltung zu entwickeln und zu beschließen;
- für den Fall, dass Diesel-Fahrverbote sich nicht abwenden lassen, Ausnahmeregelungen für Handwerk, Handel und Gewerbe so vorzubereiten, dass diese zeitnah umgesetzt werden können;
- auf Bundes- und Landesebene daraufhin zu wirken, dass die Kommunen nicht nur Einmalzahlungen, sondern eine langfristig bessere Ausstattung zur Verbesserung ihrer Angebote im ÖPNV, den Ausbau des Radwegenetzes und die Flottenerneuerung erhalten;

- ein langfristig wirkendes Konzept und Förderprogramm zur landeseinheitlichen Unterstützung, Koordinierung und Beratung der Kommunen, der Verkehrsverbände, der Unternehmen und Verbände zu entwickeln und hierzu zeitnah zu einem NRW-Mobilitätsgipfel einzuladen.

B Beratungsverfahren

In seiner Sitzung am 12. April 2018 hat der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz eine öffentliche Anhörung mit folgenden Sachverständigen durchgeführt:

Eingeladen	Redner/in Weitere Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Städtetag Nordrhein-Westfalen	Axel Welge	17/459
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen	Cora Ehlert	17/479
Landkreistag Nordrhein-Westfalen	Dr. Markus Faber	
Dr. Axel Friedrich Berlin	Dr. Axel Friedrich	-----
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. Köln	Volker Wente	17/494
Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. Düsseldorf	Wolfgang Schuldzinski	17/482
Umweltbundesamt Dessau-Roßlau	Dr. Marcel Langner	17/495
Universität Duisburg-Essen Fakultät für Physik Duisburg	Prof. Dr. Michael Schreckenber	-----
Stadt Düsseldorf Düsseldorf	Christian Zaum	17/480
Verband Zukunft ERDGAS Berlin	Peter Meyer	17/492 17/493
Verband der Automobilindustrie e.V. Berlin	Dr. Joachim Damasky	-----
Handwerkskammer Düsseldorf Düsseldorf	Josef Zipfel Ulrich Fesser	17/481
IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e. V. Düsseldorf	Joachim Brendel	17/491

Weitere Stellungnahme	Stellungnahme
Verkehrsclub Deutschland Landesverband NRW (VCD)	17/490

Auf das Ausschussprotokoll **17/235** wird verwiesen.

C Abstimmung

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat in seiner Sitzung am 8. Juni 2018 seine Beratung zu diesem Antrag ausgesetzt.

Der Verkehrsausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 30. Mai 2018 mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD und GRÜNEN abgelehnt.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat in seiner Sitzung am 6. Juni 2018 den Antrag mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ebenfalls abgelehnt.

In seiner abschließenden Sitzung am 20.06.2018 hat der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz den Antrag der SPD-Fraktion - Drucksache 17/1439 - mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Dr. Patricia Peill
Vorsitzende